

Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 08.02.2026

Antworten auf die neue Weltordnung aus Washington

Die transatlantischen Beziehungen, wie wir sie bisher kannten, befinden sich in einer tiefen Krise. Das Vorgehen in Venezuela und der Umgang mit Grönland zeigen, dass sich die USA unter Präsident Trump zunehmend von der regelbasierten internationalen Ordnung entfernen, die über Jahrzehnte die internationale Zusammenarbeit geprägt hat. Damit setzt die US-Regierung um, was sie in ihren nationalen Sicherheits- und Verteidigungsstrategien angekündigt hat: Die Bindung an internationales Recht verliert an Bedeutung. Gewachsene Bündnisse und Allianzen werden infrage gestellt. Multilaterale Institutionen haben keinen Platz. An ihre Stelle tritt der Glaube an die Ordnungskraft von Großmächten in klar abgegrenzten Einflusssphären. Statt auf Kooperation setzt die US-Regierung zunehmend auf Machtpolitik, wirtschaftlichen Druck und militärische Stärke, um kurzfristige nationale Interessen durchzusetzen.

All dies weckt Zweifel an der Verlässlichkeit der US-Regierung als internationaler Partner und Verbündeter. Trumps aktuelle Ausrichtung der US-Außenpolitik sowie das bisherige Handeln und die Kommunikation seines Kabinetts verspielen leichtfertig Vertrauen, das über Jahre in Bündnissen, multilateralen Organisationen und globalen Initiativen aufgebaut wurde. Diese Entwicklung erhöht die Unsicherheit in der globalen Ordnung, und erschwert die langfristige Berechenbarkeit für alle Staaten. Sie erzeugt Instabilität und schürt Konflikte. Diese außenpolitische Ausrichtung der US-Regierung unter Trump stellt Europa und Deutschland in drei zentralen Bereichen vor erhebliche Herausforderungen: **sicherheitspolitisch, wirtschaftspolitisch und gesellschaftspolitisch**.

1) Sicherheitspolitische Herausforderungen

Sicherheitspolitisch steht Europa vor einer doppelten Herausforderung: Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine dauert an, während zentrale diplomatische Initiativen über ein mögliches Kriegsende vor allem zwischen den USA und Russland geführt werden – ohne ausreichende Einbindung Europas und der Ukraine. Dadurch wird sich über die europäischen und ukrainischen Interessen hinweggesetzt. Zugleich wächst die Unsicherheit über die künftige Rolle der USA in Europa. Die Debatte über ihre Verlässlichkeit als wichtigstem NATO-Partner wirft die grundlegende Frage auf, inwieweit Washington weiterhin bereit ist, sich an Europas Schutz gegenüber Russland umfassend zu beteiligen und wie eine dauerhafte und stabile europäische Friedensordnung damit zukünftig ausgestaltet sein wird.

2) Wirtschaftspolitische Herausforderungen

Auch auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik wird Europa durch die US-Regierung gefordert. Die Normsetzungskraft der EU und das Gewicht ihres Binnenmarktes stellen eine eigenständige Macht in der globalen Ordnung dar. Die Regularien der EU beeinträchtigen US-Geschäftsinteressen, insbesondere in der Digitalbranche. Entsprechend groß sind die Bemühungen der US-Administration, die europäische Regulierung digitaler Plattformen zurückzudrängen. Hinzukommt, dass Trumps Zollpolitik die europäische Industrie ins Mark trifft. Europäische Firmen drohen aus dem wichtigen US-Absatzmarkt herausgedrängt zu werden.

3) Gesellschaftspolitische Herausforderungen

Das liberale Gesellschaftsmodell auch in Europa wird zum Schauplatz einer ideologischen Auseinandersetzung. Sein liberales Gesellschaftsmodell wird von der US-Administration explizit als sicherheitspolitisches Problem benannt, was es aus Sicht der Trump-Regierung zu bekämpfen gilt. Legitime Debatten über den Umgang mit Migration werden zugespitzt und überzeichnet; ein „zivilisatorischer Niedergang“ wird beschworen. Die US-Administration verfolgt das Ziel eines in Nationalstaaten fragmentierten Europas und arbeitet zugleich aktiv auf eine Schwächung der Europäischen Union hin, indem sie gezielt EU-kritische politische Kräfte in Europa unterstützt.

Angesichts dieser Herausforderungen ist es umso wichtiger, dass Deutschland eine realistische Bestandsaufnahme der Beziehungen zu den USA vornimmt. Seit unserer letzten grundlegenden außenpolitischen Positionierung im Dezember 2023 hat sich die geopolitische Lage verändert: Während das Verhältnis zu den USA unter der Regierung Biden noch von einem tiefen, gemeinsamen Wertefundament geprägt war, weckt die Amtsführung von Donald Trump Zweifel an dieser Verlässlichkeit. Die transatlantischen Beziehungen sind keine Selbstverständlichkeit mehr. Angesichts dieser Unsicherheiten ist die SPD gefordert, auf Basis unserer Grundwerte, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, neue außenpolitische Antworten zu formulieren und Europas Eigenständigkeit zu stärken.

Sozialdemokratische Strategie für ein souveränes Europa

Trotz aller Zerwürfnisse liegt ein Bruch mit den USA nicht im Interesse Europas. Obwohl die amerikanischen Interessen dieser US-Administration in wesentlichen Bereichen nicht mehr mit den unseren übereinstimmen, bleiben die Vereinigten Staaten ein zentraler politischer, wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Partner. Umso mehr muss Europa eine Strategie der Gleichzeitigkeit entwickeln. Das bedeutet, die bestehenden gegenseitigen Abhängigkeiten mit den USA anzuerkennen, zugleich aber entschlossen für die eigene Sicherheit, Selbstständigkeit und Souveränität zu sorgen. Denn die bisherigen Strategien gegenüber der Trump-Regierung, die auf Entgegenkommen und Befriedung setzten, haben nicht zu dem erhofften partnerschaftlichen Umgang mit Europa geführt.

Die EU muss ihre interne Verständigung künftig unabhängig von transatlantischen Abstimmungsprozessen gestalten. Sie sollte daher mit Reformen von Innen gestärkt werden, damit sie eine eigenständige Rolle zwischen den USA, China und anderen Machtzentren ausüben kann. Dafür muss Europa zu einem eigenen Akteur werden, selbstständig seine Werte und Interessen stark gegenüber anderen Akteuren vertreten und mit gleichgesinnten Staaten den Schulterschluss suchen. Um in dieser Welt bestehen zu können, muss Europa ein attraktives Zentrum mit politischer und wirtschaftlicher Stärke sein, das in seiner Funktion als Anker ein verlässlicher Partner für andere Staaten und Regionen ist.

Deutschland muss seiner wirtschaftlichen und politischen Bedeutung entsprechend eine Führungsrolle dabei übernehmen, die EU als starke und handlungsfähige Akteurin in der neuen Weltordnung zu positionieren. Denn ein freies, sicheres und wirtschaftlich starkes Europa ist Deutschlands Kerninteresse. Daher müssen Deutschland und Europa die notwendige Krisenbewältigung mit einem aktiven Gestaltungsanspruch verbinden. Es gilt, die Sicherheitsarchitektur zu europäisieren, die Ukraine strategisch zu unterstützen und einen neuen Multilateralismus mit dem Globalen Süden sowie gleichgesinnten Partnern aufzubauen. Die EU muss sich als souveräne Akteurin international profilieren und ihre Demokratien

entschlossen gegen Einmischung schützen. Ergänzend dazu ist die digitale Souveränität durch klare Regulierung und eigene Plattformen sicherzustellen. Schließlich müssen die transatlantischen Beziehungen neu geordnet werden, denn die Trump Administration hat klar gemacht, dass sie die EU als Gegenüber nicht akzeptieren will. Es ist aber ebenso klar: Die USA werden sich mit der EU abgeben müssen, denn sie ist in vielen Politikbereichen alleinige Verhandlungspartnerin für die Interessen aller Mitgliedsstaaten

Unsere Antworten auf den außenpolitischen Kurs der US-Regierung

1) Die europäische Sicherheitsarchitektur stärken

Uns ist bewusst, dass wir im Bereich Sicherheit und Verteidigung absehbar auf amerikanische Fähigkeiten angewiesen sind. Für die europäische Sicherheit ist die Kooperation mit den USA in der NATO und das klare Bekenntnis zu Artikel 5 zentral. Nicht erst seit der Neuausrichtung der US-amerikanischen Sicherheitsdoktrin ist klar, dass Europa seine Verteidigungsfähigkeit so schnell wie möglich stärken muss, auch um unabhängiger von politischen Kurswechseln in Washington zu sein. Wir müssen verteidigungspolitisch souverän werden.

Deutschland verfügt durch die Ausnahme der Verteidigungsausgaben von der Schuldenbremse über den benötigten finanzpolitischen Spielraum, um europäische Initiativen voranzubringen. Es kann als Impulsgeber für ein Europa verstärkter Zusammenarbeit wirken, in dem EU- und Nicht-EU-Staaten wie Großbritannien, Norwegen und Kanada gemeinsame Entwicklung von Fähigkeiten, Beschaffung und Forschung vorantreiben. Priorität haben der Ausbau europäischer Kompetenzen bei satellitengestützter Aufklärung, Navigation sowie Führungs- und Kommunikationsfähigkeiten.

Dabei sind eine engere Verzahnung sowohl in der Verteidigungspolitik als auch der europäischen Streitkräfte zentral, um die europäische Säule innerhalb der NATO effektiv zu stärken. Dafür müssen europäische Staaten operativ wie finanziell mehr Verantwortung übernehmen. Um dieses Ziel möglichst schnell zu erreichen, müssen bereits bestehende funktionierende Kooperationen vertieft und neue Instrumente zur Zusammenarbeit gefunden werden. Diese können dann auch institutionalisiert werden. Auch der Ausbau der Europäischen Verteidigungsagentur spielt dabei eine Schlüsselrolle: Sie kann gemeinsame Beschaffungsprozesse, eine abgestimmte Fähigkeitenplanung und die Konsolidierung der europäischen Rüstungsindustrie vorantreiben. Strategische Autonomie lässt sich besonders über ein konsequentes „Buy European“ erreichen – durch den gezielten Ausbau einer koordinierten europäischen Rüstungsindustrie und die Bevorzugung europäischer Systeme bei der Beschaffung. Da die notwendigen Investitionen erheblich sind und nicht alle Mitgliedstaaten sie allein tragen können, werden gemeinsame europäische Finanzierungsinstrumente unverzichtbar sein.

Wir verfolgen einen Ansatz der integrierten Sicherheit, der über rein militärische Fähigkeiten hinausgeht. Wahre Resilienz in Europa erfordert Investitionen in einen gut organisierten und umfassenden Katastrophenschutz sowie in eine robuste zivile Infrastruktur: verlässliche Verkehrswege, unabhängige Energieversorgung und sichere Kommunikationsnetze.

2) Die Ukraine weiter unterstützen

Die fortgesetzte diplomatische, militärische, finanzielle und humanitäre Hilfe für die Ukraine ist unerlässlich; sie wird, wenn nötig, ausgeweitet werden, um den Kosten des russischen Kriegs ein

spürbares Gegengewicht entgegenzusetzen. Die Unterstützung der Ukraine ist ein Kernstück europäischer Sicherheitsarchitektur und zugleich eine Möglichkeit, europäische Handlungsfähigkeit sichtbar zu machen. Der Wiederaufbau der ukrainischen Wirtschaft muss gemeinsam geplant, vorangetrieben und ausgestaltet werden.

Ein möglicher Waffenstillstand darf weder zu einem Diktat aus Washington noch aus Moskau werden. Er muss die Souveränität der Ukraine und die Sicherheitsinteressen Europas berücksichtigen. Friedensverhandlungen dürfen daher weder ohne die Ukraine noch ohne die EU stattfinden. Europa und Deutschland sollten diplomatische Initiativen aus einer Position der Stärke aktiv mitgestalten. Dazu gehört auch, einen europäischen Unterhändler zu benennen, der gemeinsame europäische Interessen gegenüber den USA und Russland vertritt. Ein gerechter Frieden mit verlässlichen Sicherheitsgarantien liegt zudem im Interesse der USA – ebenso wie in der Verantwortung Europas und Deutschlands, einen substanziellen Beitrag dazu zu leisten. Die Perspektive einer EU-Mitgliedschaft der Ukraine bleibt ein strategisches Ziel und sollte durch konkrete Unterstützung auf dem Weg dorthin untermauert werden.

3) Neue Partnerschaften aufbauen

Der weitgehende Rückzug der USA aus internationalen Foren schwächt die regelbasierte Ordnung. Europa ist gefordert, gemeinsam mit Partnern einen Multilateralismus 2.0 zu gestalten. Dazu gehört eine Soft-Power-Strategie, die auf Kooperation, Dialog und regelbasierte Lösungen setzt. Dafür notwendig sind flexiblere, themenbezogene Partnerschaften mit verlässlichen Partnern wie Kanada, Australien und Neuseeland sowie mit zentralen Akteuren des Globalen Südens und demokratischen Staaten der BRICS-Gruppe, etwa Indien, Brasilien, Indonesien und Südafrika. Mit ihnen können Reforminitiativen in UN, Weltbank und IWF vorangetrieben und gemeinsame Projekte zu globaler Gerechtigkeit, Steuerpolitik, Schuldenmanagement und nachhaltiger Entwicklung umgesetzt werden.

Die Entwicklungszusammenarbeit bleibt dabei ein weiteres wichtiges Instrument europäischer Soft Power. Entscheidend sind eine stärkere Fokussierung und bessere Abstimmung der europäischen Programme, um gleichberechtigte Partnerschaften im Globalen Süden zu stärken. Unsere Zusammenarbeit unterscheidet sich von dem Chinas oder Russlands durch faire Standards, Technologietransfer und die Achtung von Arbeitnehmerrechten. Eine solche Neuorientierung ermöglicht es Europa, selbstbewusst als gestaltende Kraft des 21. Jahrhunderts aufzutreten – wertebasiert, aber pragmatisch, und offen für partnerschaftliche Fortschritte.

4) Europas wirtschaftliche Souveränität und strategische Autonomie stärken

Europa muss sich zum Ziel setzen, zentraler politischer und wirtschaftlicher Partner für andere Staaten und Regionen zu sein. Grundlage dafür ist die wirtschaftliche Stärke der EU und ihre enge internationale Vernetzung. Um dieses Potenzial auszuschöpfen, braucht es einen weiter vertieften Binnenmarkt mit einheitlichen europäischen Schutzstandards, der sich nach außen durch Wettbewerbsfähigkeit und nach innen durch eigene Nachfrage kennzeichnet. Der „Buy European-Ansatz“ ist Europas Antwort darauf, dass andere Staaten nicht mehr nach den Regeln spielen. Durch die bevorzugte Nutzung europäischer Produkte in der öffentlichen Beschaffung und definierten Anteilen europäischer Vorprodukte setzt die EU gezielt Nachfrageimpulse und stärkt ihre strategische Autonomie. Dies fördert Innovation, erhöht die Widerstandsfähigkeit gegenüber protektionistischen oder subventionierten Wirtschaftsräumen und reduziert Abhängigkeiten von Drittstaaten.

Entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Industriestandorts ist eine sichere, bezahlbare und resiliente Energie- und Rohstoffbasis. Europa muss stärker auf nicht-fossile, heimische Energiequellen setzen und neue, partnerschaftliche Energiekooperationen mit Ländern des Globalen Südens aufbauen – ohne dabei alte Abhängigkeiten durch neue zu ersetzen. Ebenso wichtig sind widerstandsfähige Lieferketten für kritische Rohstoffe, Halbleiter und Batteriematerialien verbunden mit dem Aufbau von Notfallreserven an kritischen Rohstoffen sowie verpflichtende Recycling-Mindestquoten. Ebenfalls gilt es, den Abbau wichtiger Rohstoffe in Europa voranzutreiben. Ernährungssicherheit ist längst eine geopolitische Frage. Die europäische Agrarproduktion muss daher als strategischer Sektor gestärkt werden. Eine nachhaltige Bewirtschaftung und diversifizierte Lieferketten können externe Schocks abfedern. Diese Grundlagen bilden den Kern europäischer strategischer Autonomie.

Europa geopolitisch handlungsfähig machen: Die EU muss ihre Handelspolitik strategischer ausrichten und geopolitikfähig machen. Flexiblere und themenbezogene Abkommen sollten schneller abgeschlossen werden, insbesondere mit Partnern im Globalen Süden, dabei vor allem in Afrika. Die Stärkung der internationalen Rolle des Euros im Handel, im Zahlungsverkehr und als Reservewährung ist ein zentraler Hebel europäischer Souveränität. Dazu gehören der Abschluss der Banken- und Kapitalmarktunion, der Ausbau des digitalen Euros und die Befähigung aller EU-Mitgliedsstaaten, zeitnah der Währungsunion beizutreten. Unser Ziel ist dabei auch, die Rolle Europas als Safe Haven für Investitionen zu stärken.

Investitionen bündeln und Institutionen stärken: Europa braucht eine umfassende Forschungs- und Innovationsoffensive, um seine Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern. In Schlüsselbereichen wie 6G Netzen, Künstlicher Intelligenz, Cloud Services, Rechenzentren, Halbleitern, Klimatechnologien sowie in der Finanz- und Gesundheitswirtschaft muss es gelingen, technologische Führungspositionen zu erreichen und exzelle Foschung entschlossener in marktfähige Anwendungen zu überführen. Dazu gehört eine Industriepolitik, die die Entwicklung europäischer Champions in strategischen Zukunftsfeldern ermöglicht. Aufbauend auf bestehenden Stärken, etwa bei Cloud-Diensten und Unternehmenssoftware, können öffentliche Aufträge, koordinierte Beschaffungsprozesse und gemeinsame Standards gezielt eingesetzt werden, um europäische Anbieter zu stärken und global konkurrenzfähig zu machen. Für diese technologische Agenda sind erhebliche Investitionen erforderlich, die nicht allein durch nationale Haushalte oder das bestehende EU-Budget abgedeckt werden können. Deshalb braucht es gemeinsame europäische Finanzierungsinstrumente und neue Eigenmittel. Fortschritte bei der europäischen Souveränität dürfen dabei nicht an der Blockade einzelner Mitgliedstaaten scheitern.

Europa muss mit einer Stimme sprechen: Um handlungsfähig zu bleiben, sind zudem institutionelle Anpassungen notwendig. Europa braucht eine offene Debatte über weitere Souveränitätsübertragungen sowie eine Stärkung seiner demokratischen Strukturen, etwa durch mehr Mehrheitsentscheidungen im Rat und eine Aufwertung des Europäischen Parlaments, einschließlich eines Initiativrechts. Gleichzeitig müssen die bestehenden Möglichkeiten der EU-Verträge konsequent genutzt werden. Angesichts der geopolitischen Herausforderungen braucht es ein Europa der zwei Geschwindigkeiten. Deutschland kann gemeinsam mit anderen willigen Staaten im Rahmen verstärkter Zusammenarbeit nach Artikel 20 EUV vorangehen und so konkrete Schritte hin zu mehr europäischer Souveränität ermöglichen. Diese Zusammenarbeit steht jedem Mitgliedstaat offen.

5) Demokratische Resilienz stärken

Die von der US-Administration angekündigte Unterstützung rechtspopulistischer Kräfte in Europa, um angeblich „schwache Demokratien“ zu korrigieren, stellt eine direkte Herausforderung für die Souveränität europäischer Staaten und die Integrität ihrer politischen Systeme dar. Unsere Antwort darauf muss sein, demokratische Resilienz sichtbar zu stärken. Deutschland und Europa müssen unmissverständlich klarstellen, dass eine Einmischung in Wahlkämpfe, die Finanzierung politischer Gruppen oder die Infragestellung territorialer Unverletzlichkeit eine deutliche rote Linie überschreitet und auf entschiedenen Widerstand stößt.

Daraus ergibt sich die Aufgabe, den Schutz der freiheitlich-demokratische Ordnung systematisch auszubauen: der Rechtsstaat muss so aufgestellt sein, dass er sich gegen Verfassungsfeinde verteidigen kann, durch eine starke, unabhängige Justiz, durch wirksamere nachrichtendienstliche Aufklärung und Gefahrenabwehr, durch eine stärkere Sensibilisierung der Bevölkerung gegenüber Angriffen auf demokratische Institutionen und durch mehr Transparenz bei der Finanzierung von extremistischen Parteien und ihren Wahlkämpfen.

Zudem braucht es flächendeckende Prävention vor Desinformation – besonders für vulnerable Gruppen. Kinder und Jugendliche brauchen besonderen Schutz im digitalen Raum. Sie sind dort anfällig für gezielte Manipulation und Radikalisierung. Plattformen müssen in die Pflicht genommen werden, jugendgefährdende Inhalte konsequent zu entfernen. Medienkompetenz an den Schulen ist als festen Bestandteil der politischen Bildung massiv zu fördern. Demokratieförderprogramme müssen so gestärkt werden, dass sie auch in schwierigen politischen Konstellationen verlässlich wirken und demokratische Strukturen jenseits wechselnder Mehrheiten absichern. Ziel ist es, zentrale Werte wie Meinungsfreiheit, Minderheitenschutz und Toleranz zu schützen. Unsere Demokratie muss wehrhafter werden.

6) Digitale Souveränität sichern

Europa kann dabei seine Marktgröße von 450 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern nutzen, um insbesondere im digitalen Bereich globale Standards zu setzen. So lässt sich die eigene Regulierungskompetenz verteidigen und ausbauen, etwa durch ein verschärftes kartell- und medienrechtliches Monitoring von Social-Media-Plattformen, Kennzeichnung von Bots und KI-erzeugten Bildern sowie strengere Nachweispflichten zur Aufdeckung verdeckter Einflussnahme. Dabei reicht es nicht mehr aus, Regeln nur aufzustellen – wir müssen ihre Durchsetzung erzwingen. Die Instrumente dazu haben wir geschaffen: Der Digital Services Act (DSA) zur Bekämpfung illegaler Inhalte, der Digital Markets Act (DMA) zur Einhegung der Marktmacht von Gatekeepers und die Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie) bilden das rechtliche Rückgrat unserer digitalen Souveränität. Es gilt nun, diese Regelwerke konsequent anzuwenden, um faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen und europäische Werte auch im virtuellen Raum ohne Abstriche geltend zu machen. US-Techkonzerne müssen sich an unsere Regeln halten.

Zusätzlich muss die EU konsequent in alternative europäische digitale Plattformen investieren, um den öffentlichen Raum besser gegen externe Einflussnahme zu schützen. Europäische Alternativen zu bestehenden sozialen Netzwerken sind ein zentraler Baustein digitaler Souveränität und können durch klare Standards und gezielte finanzielle Förderung gestärkt werden. Ergänzend kann eine Digitalsteuer für globale Plattformen faire

Wettbewerbsbedingungen fördern und die Marktmacht dieser Konzerne und ihren Einfluss zu begrenzen.

7) Transatlantische Beziehungen neu ordnen

Die spürbare Abwendung der US-Administration von der regelgebundenen Ordnung ist eine Tatsache und Europa muss darauf reagieren, ohne die transatlantischen Beziehungen preiszugeben. Die Hand in Richtung USA bleibt ausgestreckt. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind mehr als die Trump-Regierung. Die USA sind politisch, wirtschaftlich und sicherheitspolitisch auch in Zukunft ein zentraler Partner. Europa muss eine Strategie der Gleichzeitigkeit entwickeln, um diesem Dilemma produktiv zu begegnen. Die mindestens mittelfristig bestehenden Abhängigkeiten müssen wir anerkennen und uns parallel zum europäischen Souveränitätsstreben um den Erhalt eines Mindestmaßes an sicherheitspolitischer Zusammenarbeit mit den USA bemühen.

Dafür ist es wichtig, Kontakte nicht nur zur derzeitigen US-Regierung, sondern verstärkt zu moderaten Republikanern und Demokraten, zu Akteuren in Bundesstaaten und Städten sowie zur Thinktank-Landschaft und zu Universitäten sowie Unternehmen zu intensivieren. Wir wollen und müssen mit den USA im Gespräch bleiben. Das Ziel muss sein, ein dichtes Netz gesellschaftlicher und politischer Verbindungen aufzubauen, das über einzelne Administrationen hinausreicht. Die absehbaren innenpolitischen Konflikte in den USA über Demokratie, Sozial- und Wirtschaftspolitik machen deutlich, dass Europa weiterhin in den Dialog investieren muss.

Für uns bleibt klar: Die Vereinigten Staaten sind nicht unser Gegner. Die Werte, die die transatlantischen Beziehungen geprägt haben, eine regelbasierte internationale Ordnung, das partnerschaftliche Eintreten für gemeinsame Sicherheit, Demokratie, Freiheit, wirtschaftliche Kooperation zur Förderung von Wohlstand und Fortschritt und die Universalität der Menschenrechte- sind und bleiben der Grundpfeiler unserer Politik. Diesen Weg wollen wir weiterhin gemeinsam mit unseren gleichgesinnten Partnern und den USA gehen.